Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

13.02.2013

Nr. 20

Inhalt:

Besuch bei den Landfrauen	S. 01	Besuch in Lathen	S. 02
Besuch bei den Berufsbildenden Schulen	S. 01	Gymnasium in Dörpen	S. 03
		SPD-Ortsausschusssitzung in Papenburg	S. 04

DEZEMBER 1993

Landfrauenprogramm

Aschendorf. Der SPD-Landtagskandidat Peter Raske hat gefordert, ein Programm des Landkreises für Landfrauen einzurichten. Orientiert an dem Modell von „Arbeit statt Sozialhilfe", sollten die Landfrauen in die Lage versetzt werden, Angebote von Fortbildung und Umschulung auch wahrzunehmen. Bislang sei dies nur eingeschränkt möglich, da die Frauen selten sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. Das Arbeitsamt zahle dann keine Umschulungen.

„Mit Programm Landfrauen bei der Umschulung helfen"

Inge Lemmermann und Peter Raske im Gespräch

Aschendorf

Landfrauen sollten nach Meinung der SPD-Landtagsabgeordneten Inge Lemmermann und des SPD-Landtagskandidaten Peter Raske mehr als bisher Angebote der Weiterbildung und Umschulung wahrnehmen können. Hier müsse der Landkreis mit einem eingens für die Landfrauen aufgelegten Programm helfen, forderte Raske im Rahmen eines Gesprächs mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der Landfrauen im Altkreis Aschendorf-Hümmling im Landwirtschaftsamt Aschendorf.

Frau Seybering, Fachbereichsleiterin für die ländliche Hauswirtschaft im Landwirtschaftsamt, betonte, daß die verschiedenen Angebote (Seminare, Informationsveranstaltungen) hier vor Ort gut genutzt würden. „Daß auch weiterhin großes Interesse besteht, zeigen die vielen Anfragen, die zur Zeit vorliegen", so Frau Seybering weiter, „auf jeden Fall wäre eine Fortführung des bis Ende '94 geplanten Projektes wünschenswert."

Die Vertreterinnen der Landfrauen wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die in der Landwirtschaft tätigen Frauen leider in den seltensten Fällen sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. Dies sei einmal für die Altersversorgung problematisch, es erschwere den Frauen aber auch die Teilnahme an Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, da diese nicht vom Arbeitsamt finanziert würden.

Peter Raske vertrat die Auffassung, daß hier vom Landkreis ein Programm – ähnlich wie „Arbeit statt Sozialhilfe" – speziell für Landfrauen geschaffen werden müsse, welches es den Frauen ermögliche, vorhandene Angebote wahrzunehmen. Eine weitere Schwierigkeit, so die Landfrauen, sei die Koordinierung von Familienaufgaben und Erwerbsarbeit. So machten starre Kindergartenöffnungszeiten, sich häufig ändernde bzw. sehr unterschiedliche Unterrichtszeiten sowie die weiten Wege auf dem Lande den Frauen zu schaffen. Frau Lemmermann hob hervor, daß mit flexiblen Kindergartenöffnungszeiten, wie sie im neuen niedersächsischen Kindertagesstättengesetz vorgesehen seien, Angeboten wie Ganztagsschulen oder der „Vollen Halbtagsschule" sowie der geplanten Neuordnung des ÖPNVs und dem Modellprojekt „Mobilität für Frauen im ländlichen Raum", Voraussetzungen geschaffen worden seien und noch geschaffen würden, die hier Verbesserungen ermöglichen.

Von besonderem Interesse für Frau Lemmermann war die Resonanz im hiesigen Raum auf das vom Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium und vom Niedersächsischen Frauenministerium geförderte Bäuerinnenprojekt „Neue Wege sehen – Neue Wege gehen", das in Trägerschaft der Landwirtschaftskammer Weser-Ems seit Oktober 1992 durchgeführt wird.

Mit diesem Projekt soll landesweit ein Beratungsnetz geschaffen werden, welches den vom Strukturwandel in der Landwirtschaft besonders betroffenen Landfrauen Hilfe und Orientierung zur Verbesserung ihrer Lebens- und Erwerbssituation anbietet.

Ems-Zeitung 06.12.1993

Bedenken gegen Blockunterricht

SPD-Kandidat Raske informierte sich

Papenburg

Peter Raske, SPD-Landtagskandidat, besuchte die Berufsbildenden Schulen Papenburg, gewerbliche und kaufmännische Fachrichten.

Im Rahmen dieses Informationsbesuches, an dem auch die SPD-Stadträtin Frau Schnieders teilnahm, stellten Schulleiter OStD Horst Biegemann, der stellvertretende Schulleiter StD Heinrich Overmöhle sowie Fachkoordinatoren und der Personalrat aktuelle Themen und Probleme der Schule vor.

Neben der Einrichtung eines Fachgymnasiums und der Fachschule Technik standen Beschulungsfragen der Auszubildenden im Mittelpunkt, insbesondere die Nachteile der Blockbeschulung und der Einrichtung von Bezirks- und Landesfachklassen für Splitterberufe.

Entfernungen im Emsland zu groß

Die Berufspädagogen befürchten den Verlust der orts- und schulnahen Ausbildung. Für den Besuch von Bezirks- oder Landesfachklassen sind die Entfernungen in unserer ländlichen Region einfach zu groß, hieß es. Die Erfahrungen mit dem Blockunterricht aus den frühen 80er Jahren sprächen eindeutig für die Weiterführung des Teilzeitunterrichts. Blockunterricht bedeute u. a. auch längere Abwesenheit der Auszubildenden vom Arbeitsplatz.

Peter Raske teilt die Bedenken der Lehrer gegen die Blockbeschulung und gegen die Fachklassen in der Ferne. Er ergänzte diese durch seine beruflichen Erfahrungen aus der Johannesburg. Darum unterstützte er eine möglichst praxisnahe Berufsausbildung vor Ort im Interesse der Jugendlichen und der Ausbildungsbetriebe.

Ems-Zeitung 08.12.1993

FÜR EINE TRANSRAPID-STRECKE BERLIN–HAMBURG sprach sich der SPD-Bundestagskandidat Reinhold Robbe (rechts) aus. An dem Gespräch in Lathen nahmen auch Samtgemeindebürgermeister Josef Gieseke, Samtgemeindedirektor Karl-Heinz Weber sowie der SPD-Landtagskandidat Peter Raske teil. Foto: Mammes

SPD-Bundestagskandidat setzt auf Transrapid

Sozialdemokraten Gäste der Samtgemeinde Lathen

Lathen (ma)

Der SPD-Bundestagskandidat Reinhold Robbe vertritt zur Magnetschwebebahm Transrapid eine völlig andere Meinung als die niedersächsische SPD. Bei seinem Antrittsbesuch als Bundestagskandidat für den hiesigen Wahlkreis sprach er sich eindeutig für eine Referenzstrecke zwischen Berlin und Hamburg aus.

Die niedersächsische Landesregierung sieht in der neuen Technik hingegen eine Verschwendungg von Steuermitteln. Umweltminister Monika Griefahn sprach sich dafür aus, die „Transrapid-Gelder" sollten in die Weiterentwicklung der Hochgeschwindigkeitszüge investiert werden.

Robbe besuchte gemeinsam mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Peter Raske die Kommune. Raske lobte das Engagement der Kommune in der Seniorenbetreuung. So wird in Lathen derzeit ein großer Wohnblock im Rahmen des Projektes „Betreutes Wohnen" errichtet. Als besonders erfreulich bezeichneten es die Sozialdemokraten, daß die Seniorenwohnanlage fast mitten im Ort liegt. Raske sprach sich dafür aus, auf einem angrenzenden freien Grundstück auch ein neues Altenpflegeheim zu bauen.

Im Rahmen einer Busrundfahrt wiese Samtgemeindedirektor Karl-Heinz Weber auf die finanziellen Probleme der Samtgemeinde hin. Nachdem bereits in 1992 ein Haushaltsloch von 950 000 DM geklafft habe, würde auch in diesem Jahr das Defizit bei knapp einer Million DM liegen. Weber fügte hinzu, daß in den vergangenen Jahren rund 1500 Arbeitsplätze durch Betriebsbeschließungen veloren gegangen sein. Dies habe dazu geführt, daß zahlreiche junge Familien auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz die Samtgemeinde verlassen mußten.

Die Kommune setze ihre Hoffnung jetzt auch auf ein neu geplantes Industriegebiet direkt am Autobahnzubringer in Niederlangen. Der Verwaltungschef ergänzte, daß neue Arbeitsplätze auch dringend notwendig seien. So stelle die Landwirtschaft mit 16,9 Prozent der Erwerbstätigen (Kreisdurchschnitt: 9,2 Prozent) immer noch einen überproportionalen Anteil dar. Es sei jedoch zu befürchten, daß in den kommenden Jahren rund 50 Prozent der Landwirte in der Samtgemeinde ihre Betriebe aufgeben müßten.

Neben der Industrieansiedlung erhofft sich die Samtgemeinde durch den Ausbau des Fremdenverkehrs weitere Arbeitsplätze. Rund fünf Millionen DM wurden in den Bau einer neuen Campinganlage direkt an der Ems in Lathen investiert.

Auch der SPD-Bundestagskandidat Robbe befürwortete einen Ausbau der „weißen Industrie". Er forderte eine engere Zusammenarbeit zwischen Ostfriesen und Emsländern. Robbe will sich für eine noch stärkere gemeinsame Touristikwerbung in bezug auf das „sehr originelle und landschaftlich attraktive Radwegenetz" aussprechen.

Ems-Zeitung 10.12.1993

SPD Dörpen: Wenn kein Gymnasium, dann eine kooperative Gesamtschule

Landkreis und Samtgemeinde müssen bald Entscheidung treffen

Dörpen

Zahlreiche Interessierte konnte der Dörpener SPD-Ortsvorsitzende Neufend zur Informationsveranstaltung unter dem Thema „Kein Gymnasium in Dörpen – was dann?" begrüßen. In seiner Einleitung ging er auf das langjährige Bemühen der Samtgemeinde Dörpen zur Errichtung eines Gymnasiums am Schulzentrum Dörpen nochmals kurz ein. Man wolle die Diskussion um das Bemühen zur Einrichtung eines gymnasialen Angebotes mit der Informationsveranstaltung weiter vorantreiben, sagte der Vorsitzende.

Referenten zum Thema „Kooperative Gesamtschule" waren Eckhard Fasold, Mitglied des niedersächsischen Landtages und langjähriger Leiter der KGS Schinkel (Osnabrück), sowie Inge Lemmermann. Beide schilderten eindrucksvoll das mögliche Aussehen eines kooperativen Zweiges am jetzigen Schulzentrum in Dörpen. Der gymnasiale Zweig könnte unter dem Dach des bestehenden Schulzentrums eingerichtet werden und wäre dem Hauptschul- und Realschulzweig angegliedert. Das wesentliche Kennzeichen der kooperativen Gesamtschule sei eine Schulleitung, ein Kollegium und eine Schülervertretung. Der gymnasiale Zweig würde nach der Orientierungsstufe mit der siebten Klasse eingerichtet werden.

Es sei eine sehr durchlässige Schulform, die ein Wechsel zwischen den jeweiligen Schulbereichen ermögliche. Seitens des Schulunterrichts würden Langfächer wie Mathematik, Deutsch, Englisch oder Naturwissenschaften separat unterrichtet und andere Fächer wie z. B. Religion, Sport, Kunst, Sozialkunde im alten Klassenverband der Orientierungsstufe weiterverfolgt. Der Erfolg einer kooperativen Gesamtschule wie auch des alternativen Gymnasiums sei immer vom Engagement der Lehrerschaft abhängig.

Eine eindeutige Bevorzugung einer bestimmten Schulform sei vom Schultyp nicht zu begründen. Das Ziel einer kooperativen Gesamtschule sei, daß die Kinder möglichst weiter nach der Orientierungsstufe gemeinsam lernen können.

Eine Abstimmung auf regionale Bedürfnisse wie z. B. ganztägige Betreuung oder Unterricht sei möglich, jedoch individuell abzustimmen. Vor allem bei der Einführung eines gymnasialen Angebotes biete sich die kooperative Gesamtschule an, da sie behutsam in das bestehende Schulzentrum Dörpen mit Beginn einer siebten Klasse hineinwachsen könne. Ein mögliches eigenständiges Gymnasium dagegen benötige einen separaten Standort, eine eigene Infrastruktur und entsprechende Schülerzahlen.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß es sich bei der Einrichtung eines Gymnasiums um eine Aufgabe für die Kommunalpolitiker handelt. Rektor Schwarz, Leiter des Schulzentrums Dörpen, forderte die zuständigen Kreispolitiker auf, baldmöglichst eine Entscheidung über ein eigenständiges Gymnasium zu treffen.

Die Einrichtung einer kooperativen Gesamtschule, so seine Meinung, wäre die zweitbeste Lösung für die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler. Samtgemeindebürgermeister Steinkamp unterstrich, daß man sehr wohl das Interesse der Kinder in der Samtgemeinde Dörpen im Auge habe. Besonders die langen Fahrten zu den umliegenden Gymnasien stellten eine enorme Belastung dar. Man wolle die Bemühungen der Vergangenheit fortsetzen.

Peter Raske, SPD-Landtagskandidat, forderte die Vertreter der Samtgemeinde auf, von ihren unrealistischen Plänen zur Errichtung eines eigenständigen Gymnasiums Abstand zu nehmen und sich für die Einrichtung eines gymnasialen Zweiges innerhalb des Schulzentrums unter dem Dach einer kooperativen Gesamtschule einzusetzen. In Anbetracht der schulpolitischen Situation mit Blick auf die umliegenden Kommunen sei eine Entscheidung für ein Gymnasium nicht zu erwarten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Samtgemeinderat, Heinz Dirksen, faßte diese Diskussion abschließend mit dem Gedanken zusammen, daß alle aufgefordert seien, nach Lösungen zu suchen wie möglichst kurzfristig ohne Blick durch die parteipolitische Brille, sondern im Interesse der Kinder ein gymnasiales Angebot realisiert werden könne.

Ems-Zeitung 11.12.1993

Größere Klassen gefährden Bestand kleiner Schulen

SPD-Mitglieder diskutierten – Bald Fahrt mit Transrapid

Papenburg (H. B.) Die Papenburger SPD sieht den Wahlterminen im kommenden Jahr mit Optimismus entgegen. Umfragen in Hannover und inzwischen auch in Bonn signalisierten mehrheitsfähige Ergebnisse, versicherte der stellvertretende Ortsverbandsvorsitzende Bernd Bloem in einer Ortsausschußsitzung bei van der Pütten.

Die SPD, so MdL Inge Lemmermann, habe bei der Verabschiedung des Landeshaushaltes deutliche Signale gesetzt. Vorrang habe die Arbeitsmarktpolitik, um die sich der Ministerpräsident persönlich kümmere – mit großartigem Erfolg, wie selbst von der Wirtschaft anerkannt werde. Schröders Ansehen in den Chefetagen sei beispielsweise heute viel höher, als Albrecht das früher je erreicht habe. Für die „klassische Wirtschaftsförderung" ständen im Landeshaushalt 300 Millionen DM zur Verfügung; weitere Mittel seien für die Sozialen Betriebe und für Qualifizierungsmaßnahmen von Langzeitarbeitslosen eingeplant.

Einen weiteren Schwerpunkt setzte die rotgrüne Landesregierung mit rund sechs Milliarden DM für den Bildungsbereich. Trotz der Einstellung von mehr als 6000 Lehrern komme man wegen des Anstiegs der Schülerzahlen nicht daran vorbei, die Lehrer eine Stunde länger arbeiten zu lassen. Inge Lemmermann warnte auch die emsländische CDU davor, durch Bildung größerer Klassen das Problem der Unterrichtsversorgung lösen zu wollen. Für viele kleine Schulen im Emsland könnte eine solche Regelung das Aus bedeuten.

Ländlicher Raum oft benachteiligt

Die SPD-Landtagsabgeordnete plädierte mit Nachdruck für eine Kooperative Gesamtschule in Dörpen, weil durch ein so verbessertes Bildungsangebot in der Fläche mehr junge Menschen zum Abitur geführt werden könnten. Bei den Bildungsabschlüssen sei der ländliche Raum eindeutig noch immer benachteiligt.

Widerspruch gab es in der Versammlung, als Inge Lemmermann dem Bau einer Referenzstrecke der Transrapidbahn zwischen Hamburg und Berlin eine klare Absage erteilte. „Dieses System ist zu teuer, wir müssen die Bahn ausbauen", meinte die Abgeordnete. Marlene Stehling, die zusammen mit ihrem Mann bei Transrapid arbeitet, war ganz und gar anderer Meinung. Sie will die SPD-Ortsvereinsmitglieder in Kürze zu einer Fahrt mit der Schwebebahn einladen und für bessere Informationen sorgen. Auch SPD-Fraktionschef Roland Seemann wollte von einer pauschalen Ablehnung dieses neuen Verkehrsträgers nichts wissen. Beim Transrapid müsse man auch den Export dieses Systems im Auge behalten.

Zur Sprache kam auch die Einrichtung eines Jugendzentrums im Wasserwerk am Deverweg. Auf die Frage unserer Zeitung, ob sich Landesmittel von 2,5 Millionen DM für die Schaffung eines soziokulturellen Zentrums in einer Molkerei in Freren, die dort von der Kommune abgelehnt wurde, nicht nach Papenburg transferieren ließen, meldete SPD-Landtagskandidat Peter Raske Zweifel an. Er persönlich hätte es gern gesehen, wenn auf der alten Meyer-Werft ein soziokulturelles Zentrum eingerichtet worden wäre. Mit dem Bau des Freizeit- und Kulturzentrums in heutiger Form seien aber Fakten geschaffen worden, die die Gründung eines weiteren Zentrums in unmittelbarer Nachbarschaft als wenig sinnvoll erscheinen ließen. „Viele Aufgaben würden sich überschneiden. Man würde sich im gegenseitigen Wettbewerb zerreiben. Außerdem können diese Mittel nicht für ein Jugendzentrum eingesetzt werden. An diesen Topf werden wir so nicht rankommen", meinte Peter Raske.

Einstimmig wurde in der Versammlung Heinz-Gerd Rieke zum neuen Ortsausschußvorsitzenden gewählt. Versammlungsleiter Bernd Bloem wies auf eine SPD-Großveranstaltung am 16. Januar in Hannover mit Gerhard Schröder und Rudolf Scharping hin.

VIEL GLÜCK wünschte Versammlungsleiter Bernd Bloem (links) dem neuen SPD-Ortsausschußvorsitzenden Heinz-Gerd Rieke.

Ems-Zeitung 08.12.1993